

► Bundeskongress Öffentliche Infrastruktur

Heute den Unterbau für morgen legen

Digitales Bauen, Fahrradstraßen und ÖPP-Offensive

(BS/Julian Einhaus) Was muss heute getan werden, um die Basis für eine Infrastruktur zu legen, die künftigen Ansprüchen gerecht wird? Infrastruktur heißt "Struktur darunter", d. h. die Grundlage von allem, der Unterbau. Der 10. Bundeskongress Öffentliche Infrastruktur des Behörden Spiegel bot auf sehr konzentrierte und Grenzen überschreitende Weise Gelegenheit, diese Herausforderung mit Vertretern von Politik, Verwaltung, Kommunen, Bauunternehmen, Geldinstituten, Ingenieuren und Beratern zu diskutieren.

Neben den vielen Themen aus Hoch- und Tiefbau prägten vor allem drei Infrastrukturtrends die Veranstaltung: der Flüchtlingszustrom, die effiziente Mobilisierung zusätzlicher Investitionsmittel für Infrastrukturen und das zügige Durchdringen aller öffentlichen Bereiche durch IT.

Es ging munter, aber auch bunter zu auf dem Kongress. Der große Strauß aus Hochbau-, Verkehrs-, Finanzierungs- und Digitalisierungsthemen lockte 170 Teilnehmer an, neben dem Öffentlichen Dienst in diesem Jahr auch viele Vertreter des mittelständischen Baugewerbes, Gewerkschafter, Ingenieure und Architekten. Die Präsenz eines Landesrechnungshofes belebte die kontroverse Diskussion.

Ob Brückenbau, Auftragsverwaltung bei den Fernstraßen oder Finanzierungsfragen: Die Meinungen um die richtigen Modelle, Instrumente und wirkliche Nachhaltigkeit gingen miteinander klar auseinander. Weiterhin gilt es, ein stärkeres Bewusstsein für die hohen Folge- und Nutzungskosten im Vergleich zu den Bau- und Anschaffungskosten von Infrastrukturen zu schaffen.

Während sich das Bundesfinanzministerium klarer denn je zu den Vorteilen Öffentlich Privater Partnerschaften bekannte (intensivere Planungsphase, langfristig Effizienzvorteile), betonten vor allem Vertreter von Architekten- und Ingenieurkammern den Nutzen der klassischen Aufteilung zwischen Planen und Bauen. *Bruno Kahl,*



Die Stimmung war gut auf dem Infrastrukturkongress in Berlin: Anregende Gespräche, die Zuhörer kamen auf ihre Kosten und die Debatten sorgten ausreichend für Spannung.

Fotos: BS/Dombrowsky

Hauptabteilungsleiter im BMF, nahm die Gelegenheit wahr, die aktuelle ÖPP-Offensive seines Ministeriums zu erläutern.

"Jedes Bundesland hat seinen Berliner Flughafen", sagte ein Diskussionssteilnehmer. Ausdrück der vielen Handlungsnotwendigkeiten, um Großbauprojekte künftig besser – sprich termingerechter und kostengünstiger – umzusetzen. Die öffentli-

che Konzentration auf einzelne außer Kontrolle geratene Projekte täuscht indes darüber hinweg, dass die meisten Baumaßnahmen in Bund, Ländern und Kommunen erfolgreich verlaufen, wie Bundesverkehrsstaatssekretär *Rainer Bomba* zur Eröffnung der Veranstaltung unterstrich.

Zeit zum Ausruhen bleibt nicht. So ist das Bundesministe-

rium für Verkehr und digitale Infrastruktur durch die "Großprojekte-Kommission" und den mittlerweile vorgelegten ersten Entwurf für eine Bundesfernstraßengesellschaft intensiv mit der managerialen Verbesserung von Bauabläufen befasst. Zugleich arbeiten viele Branchenverbände in der Initiative "planen-bauen 4.0" am digitalen Durchbruch im Baubereich

(siehe auch S. 22). Die ersten Pilotstrecken für den Testbetrieb "autonomes Fahren", d. h. ohne Steuerung durch den Fahrer, sind in Bayern bereits ausgewiesen. Auch Nordrhein-Westfalen hätte gern eine solche Probeautobahn, erklärte NRW-Verkehrsminister *Michael Groschek* dem Fachpublikum. Zugleich sprach er von ÖPP à la NRW. Als Bauminister muss sich *Gro-*

schek aber auch um die Flüchtlingskrise und den sozialen Wohnungsbau kümmern. Er plant eine Wiederauflage des Programms "Neue Heimat" (siehe unten) und will dabei die Mobilitätswende gleich mit umsetzen: Mehr Freiräume statt Parkplätze, moderne Regionalzüge, Radschnellstraßen und noch viel mehr Pedelecs, um Staus zu vermindern und "die eigentliche E-Mobilität" weiter zu fördern und Lebensqualität zu erhöhen. Alles natürlich IT-gesteuert.

Auch wenn Fahrradstraßen weniger als Autobahnen kosten, braucht es auch künftig effiziente Instrumente, um schnell und gut planen, bauen und finanzieren zu können. Private Kapitalgeber aus dem Umfeld von Versicherungen und Pensionsfonds investieren bislang kaum in deutsche Infrastrukturen. Der Kongress verdeutlichte, dass nicht nur Bürger, sondern auch potenzielle (institutionelle) Investoren fehlende Transparenz bemängeln: Wer trägt das Risiko? Wenn auch hiesige Projekte von internationalem Kapital und Know-how profitieren wollten, müssen sie mit anderen vergleichbar sein.

Jetzt vormerken!

**11. Bundeskongress
Öffentliche Infrastruktur**
1. Dezember 2016

Die Reden und Vorträge des Bundeskongresses finden Sie unter:
www.oeffentliche-infrastruktur.de

Das Recht, einen Unterschied zu machen

Staat, Vergaberecht und Standards auf den Prüfstand

(BS/Julian Einhaus) Mit welchem Personal, welchen Standards und welchen Modellen sind die aktuellen Herausforderungen zu meistern? Die Abschlussdebatte des 10. Bundeskongresses Öffentliche Infrastruktur machte deutlich, dass alle Probleme öffentlichen Handelns aus dem vergangenen Jahr mit ins Jahr 2016 genommen werden. Im Zentrum steht weiterhin der Flüchtlingszustrom, der nicht nur viele soziale, sondern auch viele der ohnehin vorhandenen Fragen rund um den Bau und Unterhalt von Infrastrukturen geballt widerspiegelt. Plastischer denn je wird deutlich: Es geht um die Zukunft Deutschlands.

“Die Zahl ist nicht das Problem, sondern die Schnelligkeit”, erklärte **Kirsten Lühmann**, SPD-Bundestagsabgeordnete und Obfrau ihrer Fraktion für verkehrspolitische Fragen. “Der Staat wurde jahrelang zurückgefahren, das wird jetzt zum ernsthaften Problem.” Seit mehreren Monaten greife man auf Krisenhelfer und Ehrenamtliche zurück, das könne nicht dauerhaft so weitergehen.

Auch im Notfall müsse die öffentliche Hand handlungsfähig bleiben, sagte **Lühmann**, die sich als stellv. Bundesvorsitzende des DBB für Beamte engagiert. Gleichzeitig sieht die SPD-Politikerin gerade auf kommunaler Ebene große Anstrengungen, die durch viel Kreativität zu neuen Lösungen und mehr Effizienz gekommen sind. So würden mittlerweile Holzhäuser in Schnellbauweise errichtet, um Asylbewerber zügig unterbringen zu können. “Unter normalen Standards und Ausschreibungen hätte man das nicht geschafft.”

Wer kann noch kontrollieren?

Als Gefahr sieht hingegen **Dr. Dietlind Tiemann** die mögliche Niveauabsenkung bei Gebäudestandards: “Der Anspruch muss auch bei der Unterbringung von Flüchtlingen der gleiche bleiben”, erklärte die Oberbürgermeisterin von Brandenburg an der Havel. Sie könne ihrer Baubehörde nicht sagen, dass in einem städtischen Gebäude Standards angewendet und an anderer Stelle ausgelassen werden sollen. “Haben wir überhaupt das Recht, einen solchen Unterschied zu machen?” **Tiemann** unterstrich den massiven Abbau öffentlichen Personals. Die Zahl der Mitarbeiter ihrer Stadt sei seit den neun-



Auf dem Podium (v. l. n. r.): Kirsten Lühmann, SPD-Bundestagsabgeordnete und Obfrau ihrer Fraktion für verkehrspolitische Fragen; Dr. Ute Jasper, Vergaberechts und Infrastrukturexpertin bei der Kanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek; Dr. Dietlind Tiemann, Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg a. d. Havel.

Foto: BS/Dombrowsky

ziger Jahren von 4.000 auf heute 970 gesunken. Es werde immer schwieriger, qualifizierte Mitarbeiter zu bekommen und sich damit überhaupt in die Lage zu versetzen, etwa extern vergebene Leistungen von kommunaler Seite effektiv zu kontrollieren.

Lühmann sieht oft keinen wirtschaftlichen Nutzen darin, öffentliche Aufträge an Private zu vergeben, vor allem dann nicht, wenn keine eigenen Kapazitäten vorhanden seien. Man habe die Erfahrung gemacht, dass zur Begleitung externer Planungs- und Baumaßnahmen auf zwei private ein öffentlicher Mitarbeiter kommen müsse.

Dr. Ute Jasper, Vergaberechts und Infrastrukturexpertin bei der Kanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek, sprach sich für eine Vereinfachung der öffentlichen Beschaffung aus: “Das neue Vergaberecht ist etwas, was die Welt nicht braucht”, so **Jasper**. Schon jetzt seien viele Dinge kaum nachzuvollziehen. Mehr als hierzulande hätten viele öffentliche Stellen in Osteuropa aufgrund der Komplexität längst resigniert. “In der Krise müssen wir uns jetzt fragen: Brauchen wir das alles?” Die rechtliche Ver-

einfachung müsse hier auf europäischer Ebene und in Brüssel losgetreten werden. Berlin sollte dafür sorgen, dass die energetischen Normen für Gebäude nicht noch weiter verschärft werden: “Wir sollten es bei der Energieeinsparverordnung (ENEV) 2009 belassen, die ist schon sehr anspruchsvoll.”

Modellvielfalt für Flüchtlingsunterkünfte nutzen

Bernward Kulle erklärte, dass man die grundlegenden Regeln des Wettbewerbs nicht über Bord werfen dürfe. “Wir können aber Ballast abwerfen, um Prioritäten zu setzen.” Der Vorstand der ÖPP Deutschland AG sieht erhebliche Investitionsnotwendigkeiten, insbesondere im Wohnungsbau. Das könne auch

Möglichkeiten für Öffentlich Private Partnerschaften eröffnen, man müsse allerdings mit Augenmaß vorgehen, betonte **Kulle**. Ebenso geht der ÖPP-Experte davon aus, dass die Rechnungshöfe in ihren Nachbetrachtungen die besondere Situation und den Notstand berücksichtigen werden, wenn es darum geht, Bauprojekte und Leistungen zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu bewerten.

Vier-Augen-Prinzip und Doppik

“Drum prüfe, wer sich ewig bindet”, stellte **Dr. Ulrich Keilmann** voran. Der Leiter der Überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften beim Rechnungshof Hessen sieht noch erhebliches Potenzial nicht nur bei öffentlichen Ausschreibungen, sondern auch bei der Umstellung von der kameralen auf die kaufmännische Buchhaltung (Doppik). “Es sind aber auch einfache Dinge wie das Vier-Augen-Prinzip bei Auszahlungen im sozialen Bereich”, so **Keilmann**. “Das würde der Politik schon helfen.” Wichtig sei zudem die Betrachtung von Folgekosten, insbesondere wenn Kommunen Fördergelder für Bauprojekte in Anspruch nähmen, deren spätere Bewirtschaftung sie sich nicht leisten könnten.



In der Diskussion (v. r.): Dr. Ulrich Keilmann, Leiter der Überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften, Rechnungshof Hessen, und Bernward Kulle, Vorstand der ÖPP Deutschland AG

Foto: BS/Dombrowsky